

Bezugsgebühr:

Wiederholend für Dresden bei 1000...
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Verkaufsstelle: Markstr. 20/21.

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Wetterfeste Loden-Pelerinen, Damen-Loden-Kostüme, Touristen-Anzüge
Spezialgeschäft von Jos. Flechtl aus Tirol, Schlossstrasse 23.

Anzeigen-Caril.

Wiederholend für Dresden bei 1000...
Bemerkungen: Nr. 11 und 2096.

Ullrichs Pianinos

sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1. Pinnalische Strasse 1 (am Pinnalischen Platz).

Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Walzen
Puffer
Riemens aus

Gummi Guttapercha Asbest

fertigt in
garantirt
halten
Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Perldammstr. 13.



Carl Tiedemann, Kgl. Hoflieferant, Begr. 1833.
Der beste **Fußbodenanstrich** ist
Tiedemann's Bernstein-Cellac
mit Farbe; schnell trocknend, nicht nachziehend.
Mattenstraße 10, Amalienstraße 18, Heinrichstraße (Ecke Göring),
Inwie es fast allen anderen Teugen- und Farbenanstrichen.

Tuchwaren.

Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.

C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 61. Spiegel: Debatten im Reichstag, Mittelstand, Leichtentzündliche Stoffe, Motorführung, Mietbewohner, Rittmahl, Bitterung: Mild, veränderlich, Sonnabend, 2. März 1907.

Zwischen Furcht und Hoffnung . . .

Seit eine Woche schon wird im Reichstag weniger über den zur Beratung stehenden Etat als über alle möglichen und unmöglichen Fragen der Politik debattiert und dabei von den Rednern aller Parteien ein Wunschzettel an die Regierung präsentiert, der in seiner Länge allgemeinen Staunen erregt, um so mehr, als — abgesehen von allem andern — allein bei der Kürze der verfügbaren Zeit auch nicht der kleinste Teil der geäußerten Wünsche Aussicht auf Verwirklichung hat. Schade also um die kostbare Zeit! Doch es ist nun einmal alter Brauch, schöne Reden zum Fenster hinaus zu halten, und so wird man sich wohl oder übel damit abfinden müssen, daß bei der Generaldebatte über den Etat im Verhältnis zu der aufgewendeten Zeit und Rednerkraft recht wenig herauskommt. Immerhin haben die verflochtenen Tage im Reichsparlament mancherlei Streiflichter über die neugeschaffene politische Lage aufzuklären lassen, die Wegweiser für die nähere Zukunft sein können, wenn sie auch zum Teil noch sehr unbestimmt sind. Völlige Klarheit ist in erster Linie über die prinzipielle Stellung des Reichskanzlers zum Zentrum und zur Sozialdemokratie geschaffen worden. Die Energie und Deutlichkeit der Kritik, mit der Fürst Bülow diesen beiden bei den letzten Wahlen verbündeten Parteien gegenübertrat, hat wie ein erfrischender Dyon gewirkt und dem Kanzler im ganzen deutschen Volk einen Erfolg beschert, der ihm — dem Vielgeschmähten — von Herzen zu gönnen ist. Das Bülows'sche Wort ist, wie von mancher Seite skeptisch angenommen, höher Theaterdonner gegen das Zentrum waren, sondern scharfe Schläge, das geht mit aller Deutlichkeit aus der Art hervor, wie Herr Groeber sich in der Donnerstag-Sitzung am obersten Beamten des Reiches zu weihen und in komödiantenhaftem Pathos die Verantwortung für das entsetzliche Unheil auf den Reichskanzler abzumägen versuchte. Was für ein Unheil durch die letzte Reichstagsauflösung in deutschen Ländern heraufbeschworen sein soll, wissen wir wirklich nicht: im Gegenteil, der Erfolg ist zum Heile Deutschlands ausgefallen! Oder meint Herr Groeber etwa, daß die Schwärzung des Zentrumseinflusses „unheilvoll“ wirken wird auf den Gang der parlamentarischen Arbeiten; glaubt er vielleicht, daß eine Oppositionsstellung des Zentrums für den Kanzler selbst verhängnisvoll werden könnte? . . .

Fast scheint es so, denn nach dem Hohngeächter zu schließen, mit dem die schwarzen Herren jedesmal den Gedanken einer konservativ-liberalen Paarung im Bülows'schen Sinne begleiten, glauben sie an diese Möglichkeit einfach nicht, sondern vertrauen nach wie vor selbstlich auf ihre Unentbehrlichkeit und in Konsequenz davon darauf, daß Fürst Bülow ihnen „doch noch mal kommen müsse“. Da die Zentrumskräfte aber schlau genug sind, um zu wissen, daß der Kanzler, nachdem er die Brücken zwischen sich und der Hundertstimmenpartei abgebrochen, ohne Schädigung seines Ansehens nicht wieder mit dem Zentrum liebevoll anknüpfen kann, so hoffen sie auf seinen früheren oder späteren Sturz. Es ist leider nicht zu leugnen, daß manches für derartige Hoffnungen der Ultramontanen spricht und diejenigen am Ende doch vielleicht recht behalten werden, die den Fürsten Bülow nach dem Wahlergebnis nicht als Hans im Glück gepriesen haben, sondern im Gegenteil fürchteten, daß er sich leicht zwischen zwei Stühlen setzen könne. Aber das darf nicht sein, die neugeschaffene nationale Mehrheit darf vor dem deutschen Volk nicht den schwerwiegenden Vorwurf auf sich laden, wegen kleinlichen Fraktionshaders den Staatsmann den Ultramontanen geopfert zu haben, der — wenn auch erst nach langer Zeit — doch endlich gewagt hat, das Tischschuß zwischen der Reichsregierung und dem Zentrum zu zerbrechen. Dazu kommt, daß Fürst Bülow zurzeit nicht leicht durch einen Nachfolger von gleicher Universalität der Begabung ersetzt werden kann, andererseits aber bei seiner angegriffenen Gesundheit aus beargwöhnlichen Gründen nicht Lust haben dürfte, fruchtlose Mühen und Stürme auf sich zu nehmen. Sollte er sehen, daß all seine Liebesmüh' vergeblich ist, so wird er sicher eine unverständige nationale Mehrheit im Reichstage sich selbst und der alten Zentrumstyrannie überlassen. Derartige Erwägungen, die nicht von der Hand zu weisen sind, sollten der liberal-konservativen Majorität eine dringende Mahnung sein, alles — aber auch alles zu tun, um allmählich zu immer besseren Beziehungen untereinander zu gelangen. An dem Reichskanzler wird es dann, wie seine neuzeitige Programmrede dargetan hat, nicht fehlen. Graf Bosadovsky betonte am Donnerstag dem Zentrum gegen-

über sehr richtig, es möge nicht zu früh über „unüberbrückbare Spaltungen zwischen rechts und links“ frohlocken, denn Fürst Bülow sei ja noch da, dessen oft bewährtem Geschick es trotz aller Schwierigkeiten voraussichtlich gelingen werde, sein neues Programm mit Hilfe der konservativ-liberalen Mehrheit durchzuführen.

Das Gelingen dieses schweren Werkes, das der Reichskanzler vor sich hat, sollte aber nicht unnötig im Reichstage selbst gefährdet werden. Leider — und hier liegt der wunde Punkt der jetzigen Situation — haben die letzten Debatten wieder manche Enttäuschungen von links und rechts gebracht, die dem Blodgedanken nicht gerade förderlich sind. Dazu, wie es z. B. Herr von Liebermann tat, ganz ohne Not die liberalen Parteien verhöhnen, oder, wie es Herrn Gamp beliebte, das Zentrum unwürdig umschmeicheln? Wie gar über die „konservativ-liberale Paarung“ zu machen sollte man wirklich lieber den Ultramontanen und Genossen überlassen. Gerade in dieser kritischen Zeit, wo die Mehrheitsbildung im ersten Werden begriffen ist, darf von rechts und links kein unnützes Wort fallen, das man nicht verantworten kann. Die links-liberalen Gruppen sollten sich auch hüten, immer wieder mit extremen Forderungen aufzuwarten, die keinen Zweck haben und nur bei der Rechten böses Blut machen, wie z. B. der Wunsch nach Einführung des Reichstagswahlrechts für die deutschen Einzelstaaten. Es ist taktisch unglücklich und patriotisch unverantwortlich, die Mehrheitsbildung zwischen rechts und links unnützlich und sei es auch nur unbedacht, zu erschweren. Der Hindernisse sind schon sowieso genug vorhanden. Fürst Bülow hat zwar am Montag darauf hingewiesen, daß die Verschiedenheit ihrer Interessen die Majoritätsparteien nicht hindern dürfte, die nationalen Aufgaben zu lösen und einheitlich aufzutreten, so wenig wie das Zentrum durch die ungleiche Art der verschiedenen Elemente, die es bilden und die nur durch das Band des Konfessionalismus zusammengehalten würden, in seinem geschlossenen und kräftigen Auftreten beeinträchtigt werde; wir begreifen auch nicht, daß es gelingen wird, die neue Majorität fürs nächste zusammenzufassen, jedoch nur in großen nationalen Fragen. Zu diesen wird aber die Mehrzahl der Aufgaben kaum zu zählen sein, die der Reichskanzler neulich als solche der künftigen Gesetzgebung bezeichnet hat. So sehr man sich freuen wird, wenn es gelingt, in Angelegenheiten, welche die Stellung des Reiches nach außen hin, seine Wehrmacht und seine wirtschaftliche Entwicklung betreffen, die neue Mehrheit zu positivem Schaffen erfolgreich zusammenzufassen, so wenig wird man sich darüber täuschen können, daß es andererseits schwer halten wird, Vorlagen gegenüber, welche die Parteigenossen in politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Beziehung erregen, die neue Majorität vor dem Auseinanderfallen zu bewahren und zu verhindern, daß die Regierung sich in die Notwendigkeit verlegt sieht, eine Mehrheit für ihre Vorlagen zu gewinnen, wie sie sie eben finden kann, also z. B. auch mit Hilfe des Zentrums. Beseitigt oder wenigstens gemildert kann diese Gefahr nur werden, wenn von liberaler und konservativer Seite das gleiche Entgegenkommen bis an die äußerste Grenze des Möglichen geübt wird. Gesichtspunkt das im Interesse des großen nationalen Gedankens und im Sinne eines gerechten Ausgleiches zwischen den verschiedenen Anschauungen und Wünschen, so wird sich dieser neue Reichstag den Ehrenittel eines „nationalen“ verdienen und viel dazu beitragen, daß auch in den breiten Volksschichten der alte, schädliche Sondergeist endlich einem gesunden Gemeingefühl weicht.

Neueste Drahtmeldungen vom 1. März.

Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. Korvettenkapitän Capelle widerspricht der Behauptung, daß Ordonnanz- und Kanzleibeamte des Marineamtes zur Wahlfähigkeit des Flottenvereins kommandiert worden seien. — Abg. Fürst Gaxfeldt (Reichsp.): Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß in unseren Verhandlungen die Parteipolitik einen zu großen Raum eingenommen hat. Alle Parteien haben gegündigt. Wenn es sich am 13. Dezember nur um eine „Kappelle“ gehandelt hat, wie gehen Herr Grüber sagte, dann hat das Zentrum er recht gefündigt. Bedacht sollte nicht auch der Flottenverein etwas gefündigt haben? (Gelächter.) Der Flottenverein mag ja Fehler begangen haben, aber er hat doch seine großen Verdienste. Was die Vörlensreform anlangt, so steht das Eine fest, seitdem der Terminhandel in Betracht aufgehoben worden ist, hat jedenfalls der Handel in Körnermärkten geringere Preisschwankungen durchgemacht. (Sehr richtig! Rechts.) In dem, was Gamp über die ausländischen Anteile gesagt hat, bin ich anderer Meinung.

Unser ganzes Wirtschaftsleben erfordert Export und im Zusammenhange damit auch Handels- und Börsenbeziehungen mit dem Auslande. Eine Reform des Börsengesetzes ist notwendig. Die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag hält Redner für nicht möglich. Weiter wendet er sich gegen die vorgeschlagene Keuserung Gamps über ein Wiederzusammengehen mit dem Zentrum. Redner betont die Notwendigkeit, die Majorität, die sich bei der Präsidentenwahl zusammengefunden, zusammenzuhalten, damit sie Positives leisten (Bewegung). Die trennenden Momente müßten zurückgeführt werden. Er und seine Freunde bedauerten die Erklärung Gamps. Weiter führt Redner aus, wie sich bei den Wahlen die gesamte Bürgerchaft aufgebracht habe gegen die Tyrannie der Sozialdemokratie. Das Bürgerium wolle sich nicht die Grundlagen des gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsbaus nehmen lassen, und — so schließt Redner — die bürgerlichen Klassen werden noch weiter von der Sozialdemokratie abdrängen, wofür nicht Regierung und bürgerliche Parteien noch große Ineffizienzen machen. (Gelächter Beifall.) — Abg. Semler (nat.) legt eingehend dar, um was es sich bei der Beschlusfassung am 13. Dezember gehandelt habe und hofft, daß die nationale Mehrheit sich dauernd finde, um zu verhindern, daß das Zentrum solche nationale Maßnahmen wie damals durchkreuzen könne. Das Zentrum sei beherrscht von irredentem Machtgefühl, Gefährlichkeit, unbearbeiteter Reichsberei. (Lachen im Zentrum.) In seiner Tonart habe es die Sozialdemokratie direkt übertrifft. (Lachen im Zentrum.) Vom „Kulturkampf“ sehe in dem nationalliberalen Wahlaufruf kein Wort. (Lachen.) Ja, glauben Sie denn nicht, daß, wenn wir Nationalliberalen den Kulturkampf hätten proklamieren und propagieren wollen, wir nicht dafür stammende Worte gefunden hätten? (Gelächter.) (Lachen im Zentrum.) Weiter stellt Redner fest, daß das Zentrum fruchtlos ein Duzend Volkskreise den Sozialdemokraten ausgeliefert habe. Selbstverständlich würden Konserervative und Liberale an ihrer Eigenart festhalten. Es werde nur darauf ankommen, daß die Mehrheitsparteien Gedächtnis haben und nicht vergeßen, welche Zustände sich unter der Zentrumsherrschaft herausgebildet hätten. (Beifall.) — Abg. Singer (Soz.) erklärt, seine Partei habe nur in Bezug auf die Mandate eine Niederlage erlitten, sie habe aber eine Viertelmillion Stimmen gewonnen, und das beweise, daß die sozialdemokratischen Ideen immer tiefer Wurzel im Volk schlagen. (Gelächter.) Die letzte Wahl sei eine Präferenzwahl mit Regierungskandidaten gewesen. Das Andenken Niebuhrs sei im Wahlkampfe niederträchtig beschimpft worden, und zwar im Mundstücke des „Reichsvereinsverbands“. (Lachen rechts.) (Lachen im Zentrum.) Der Reichskanzler, fährt Redner fort, beschäftigte sich mit unserem Dresdner Parteitag; er sollte sich lieber um seine eigenen Angelegenheiten kümmern. Wir verbitten uns überhaupt auf das erste Wort den Ton, in dem er hier mit uns zu verkehren pflegt. (Schallende Gelächter.) Warum irrst er immer von dem Zentrum und nicht von den anderen Parteien? Vom Mannheimer, der die Arbeiterbewegung gemeint hat? Der Reichskanzler sollte doch nicht mit Worten gemeinsame Sache machen, die, um der Sozialdemokratie etwas anzuhängen, jedes Anstandsgefühl verlieren. Er besag sich auf die angebliche Frankfurter Flughafen-Schurerei. Die „Frankf. Zeitung“ habe aber schon am nächsten Morgen eine Verichtigung bringen müssen, und im Refektorium sei für die Behauptung, daß der Mord mit den Wahlen zusammenhänge, nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden. Im Gegenteil, ich ziehe aus der Verhandlung den Schluß, daß die Vekuren des Reichsvereinsverbands „gewirkt“ haben. Schamen sollte sich die Erdungspreffe! (Gelächter.) Hätte der Raudirektor Fernburg auf Grund von Prospektien nach Art seiner phantastischen Kolonialreden die Aktien einer Gesellschaft einführen wollen, keine deutsche Börse hätte sie anerkannt. Der Kolonialdirektor nimmt ein Stück Land, reißt sandig, engagiert eine Anzahl Leute, die den Sand von der einen nach der anderen Stelle umschütten, kapitalisiert die Arbeitslöcher — das ist der Wert der Produktion. (Gelächter.) Die famose konservativ-liberale Paarung wird vielleicht die Folge haben, daß statt des Herrn Spohn Herr Müller-Reinigen mit dem Astinderhut in das Reichskanzleramt geht. Einmischen hat der Freisinn die Rechte um 32 Mandate verliert. Herr Gamp hofft ja, den Freisinn noch zum Schutzwall zu befähigen. Man soll niemals „niemals“ sagen. Aber bei der Wandlungsfähigkeit, die die Herren vom Freisinn in der letzten Zeit bewiesen haben, und die die Nationalliberalen, die doch das Patent darauf hatten, in den Schatten stellt, ist alles möglich. Den Beweis für den Terrorismus der Arbeitswilligen kann ich dem Reichskanzler erbringen. Hier Redner zeigt eine Photographie vor in ein Bild aus Köln, wo ein Trupp Arbeitswilliger den Revolver hoch erhoben hält, um die Streikenden zu terrorisieren. (Großes Gelächter.) — Staatssekretär Graf Bosadovsky befreit, daß er, wie ihm der „Vorwärts“ heute in den Mund gelegt, angeht habe, die Ausführung des Programms des Reichskanzlers erfordere viele Millionen. Die sozialdemokratischen Redner sprachen wieder von der Auswanderung der Massen durch unsere Völle; sie verließen sich dabei auch auf das freihändlerische England. Nun — tatsächlich ist in England die Bevölkerung mit 15,500 Mark pro Kopf durch Büllo befehlet, in Amerika mit 14,05, in Deutschland nur mit 10,50 Mark. Die Völle in England sind hauptsächlich auf Tee, Zucker, Wein, Kaffee, Kaffee und getrocknete Früchte gelegt. Die meisten hiervon sind bei den klimatischen Verhältnissen